

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.05.2024 zur außerordentlichen Kündigung von Frieda e.V.

Der Jugendhilfeausschuss Friedrichshain-Kreuzberg missbilligt die außerordentliche Kündigung der in der Trägerschaft des Frieda-Frauzentrums befindlichen Einrichtungen Phantalisa – Zentrum für Mädchen und junge Frauen und Alia – Zentrum für Mädchen und junge Frauen und fordert den Stadtrat Kindler auf, zukünftig die Anhörungs- und Entscheidungsrechte des Jugendhilfeausschusses zu achten.

Das Jugendamt wird aufgefordert:

- Die außerordentliche Kündigung der Leistungsverträge für den Betrieb der Einrichtungen "Phantalisa" und "ALIA", die am 17.4.2024 durch den Stadtrat für Jugend und Gesundheit, Herrn Max Kindler, gegenüber dem Träger Frieda e.V. ausgesprochen wurde, wird zurückgenommen, um ein geordnetes Verfahren einzuleiten. Sollte dies nicht möglich sein, wird das Jugendamt aufgefordert, den bisherigen Vertrag unter den bisherigen Bedingungen bis zum Ende des Jahres fortzuführen. Sofern Frieda e.V. diesem Angebot zustimmt, kommt es rechtlich zu einer Neugründung des Leistungsvertrags und ein geordnetes, ergebnisoffenes und rechtssicheres Verfahren zur Überprüfung der Zusammenarbeit wird eingeleitet. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass der Jugendhilfeausschuss in dieser Angelegenheit der Jugendhilfe über das Entscheidungsrecht verfügt und die Verwaltung des Jugendamtes an ein derartiges Votum rechtlich gebunden ist.
- Einen gemeinsamen Fortbildungstag für Mitarbeitende der Einrichtungen der Jugendarbeit anzubieten.
- Am Ende des Prozesses wird das Jugendamt aufgefordert, gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss eine Geschäftsordnung zu erarbeiten, auch um zukünftige Rechtsunsicherheiten oder unterschiedliche Rechtsauslegungen zu verhindern.

Der Jugendhilfeausschuss erwartet:

- eine öffentliche Distanzierung des Trägers Frieda e.V. von antisemitischen Äußerungen und Haltungen sowie eine öffentliche Distanzierung als Träger (nicht als Einzelperson), das Existenzrecht Israels grundsätzlich abzusprechen,
- vom Träger Frieda e.V. eine respektvolle Kooperations- und Dialogbereitschaft mit dem Jugendamt und Jugendhilfeausschuss zur Aufklärung der Vorwürfe und weiteren Vorgehensweise.

Den unter Verdacht stehenden Mitarbeiterinnen und Leitungen des Trägers soll keine Dienstaufsicht sowie keine fachliche Weisungsbefugnis obliegen, bis die Vorwürfe geklärt sind.

Die Möglichkeit der externen Beratung aller Mitarbeiterinnen des Trägers soll gewährleistet werden.

Der Träger wird aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, um weiteren Schaden von der Zielgruppe abzuwenden:

- wie sichergestellt wird, dass alle Mädchen und jungen Frauen sich wohl und sicher fühlen können und eine Umgebung erleben, in der sie sich öffnen können,
- wie zukünftig sozialpädagogisch im Kontext der grundsätzlichen Neutralität in der Sozialen Arbeit gearbeitet wird,
- wie der soziale Frieden und eine Arbeitsfähigkeit wieder hergestellt werden wird.

Ohne die Einhaltung der vorgenannten Bedingungen ist eine Zusammenarbeit nicht möglich.

Dem Jugendhilfeausschuss ist in regelmäßigen Abständen Bericht zu erstatten.